

LIGA LIBELL 146

JUNI 2013

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

Energiewende jetzt – Klimaschutz nicht auf die lange Bank schieben!

Am 24. Mai diesen Jahres hat der brandenburgische Braunkohlenausschuss in Cottbus die Weichen für den neuen Tagebau Welzow Süd II gestellt. Nun geht der überarbeitete Braunkohleplan in die Beteiligung. Noch vor der nächsten Landtagswahl 2014 könnte das Parlament die Planungen genehmigen.

Von den Planungen wären 800 Einwohner des Welzower Ortsteils Proschim betroffen. Welzow selbst verkommt zu einer unbewohnbaren Insel, die von drei Seiten vom künftigen Tagebau umschlossen sein wird. Der ehemalige Brandenburger Ministerpräsident Manfred Stolpe hatte 1994 wissentlich gelogen, um sich Zeit zu verschaffen, als er sagte, dass Horno das letzte Dorf sein wird, welches dem Braunkohleabbau geopfert wird. Wahrscheinlich waren die Klimaschutzziele der Landesregierung, den jährlichen CO₂-Ausstoß auf 25 Millionen Tonnen zu begrenzen,

ebenfalls eine Lüge.

Mit dem nun beschlossenen „Weiter so“ verabschieden sich Ministerpräsident Platzeck und Wirtschaftsminister Chri-

ben wir das dritte Jahrhunderthochwasser innerhalb von zehn Jahren.

Bereits vor einem Jahr haben wir hier an dieser Stelle über das Wetter geschrieben, damals dauerte der Sommer genau fünf Tage, fünf schöne Tage im Mai. Das war es dann gewesen. In diesem Jahr hatten wir einen der kältesten und längsten Winter, das dunkelste Winterhalbjahr, den kältesten März seit 1917, einen kalten April und die Vorhersage für das sommerliche Restprogramm ist eher mau. Wie kann das sein? Weltweit erwärmt sich das Klima und Experten bezweifeln bereits, dass der Erwärmungstrend bei 2 Grad gehalten werden kann, eine Erwärmung um sechs Grad weltweit scheint



Foto: Steffen Bohl

Bank in Grönland

stoffers von den Klimaschutzzielen. Mit der Umsetzung des Tagebaus Welzow II sind die Ziele nicht mehr erreichbar. Hierbei geht es eben nicht um ein paar hundert Arbeitsplätze sondern um die Sicherung unseres Überlebens. Unabsehbare Klimaextreme drohen, gerade erle-

möglich. Das tauende Polareis wird unser Klima über viele Jahre hinweg dermaßen abkühlen, dass an einen „normalen“ Sommer künftig nicht mehr zu denken sein wird. Immer größere Eisflächen brechen auf, kaltes Polarwasser driftet nach Süden, schwächt den Golfstrom. Im letzten Win-

Energiewende jetzt !

Norbert Wilke

> S. 1 - 2

Transrapid Teil 2

Heinz-Herwig Mascher

> S. 5 - 6

Allein

peter ERNST und Norbert Wilke

> S. 7

Wohin mit unseren Seen?

Norbert Wilke

> S. 8

Peter Ernst zum 80

Norbert Wilke

> S. 9

Lotte Kiesel verstorben

Norbert Wilke

> S. 14

ter waren wir wochenlang völlig von der atlantischen Strömung abgeschnitten. Die immer größeren Wasserflächen im Polarmeer nehmen Wärme auf. Tiefdruckgebiete entstehen immer häufiger und lassen entgegen der Uhrzeigerichtung polare Kaltluft zu uns strömen. Hat sich so eine Wetterlage erst einmal eingestellt, bleibt sie über Wochen, ja Monate stabil. Die Luftströmungen sind bestimmt durch die Gegensätze der Temperaturen. Durch mildere Polar- und kältere Sommertemperaturen in Nordeuropa fehlt den Strömungen die Gegensätzlichkeit, sie bewegen sich nicht mehr wie früher, verharren oft über mehrere Wochen. Im Winter hatte mildere Luft die sibirische Kaltluft weit nach Westen gedrängt, so war es am Rybinsker Stausee bei Moskau kälter als in Jakutien. Tiefdruckgebiete transportierten die Kaltluft dann direkt

zu uns.

Was kann getan werden? Zu erst einmal die konsequente Umsetzung, ja Verschärfung der Klimaschutzziele. Das Umweltministerium in Brandenburg hat ein Klimaschutzgutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) erarbeiten lassen. Der DIW-Vertreter Professor Christian von Hirschhausen durfte das Gutachten dem Braunkohlenausschuss nicht vorstellen. Dort wurde nur das eigene Gutachten des Wirtschaftsministeriums zitiert, demnach die Bedeutung der Braunkohlekraftwerke in der Lausitz für die nationale Versorgungssicherheit und Systemstabilität noch zunehmen werde. Welch ein Wahnsinn! Damit nicht genug: Für die Erweiterung des sächsischen Tagebaus Nochten sollen 1.600 Menschen umgesiedelt werden, in Brandenburg stehen drei weitere Dörfer

für den Tagebau Jänschwalde-Nord auf der Streichliste. Weitere 900 Menschen würden ihre Heimat verlieren. Soweit darf es nicht kommen. Das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial“ mit dem Ziel einer Rekommunalisierung der Berliner Stromversorgung war erfolgreich. Die 173.000 notwendigen wurden mit 265.000 erhalten Unterschriften weit übertraffen. Vattenfall kann sich seiner Sache in Berlin nicht sicher sein – momentan läuft auf allen Radiosendern eine gewaltige Imagekampagne des Konzerns um den Stromkunden weiterhin unökologisch produzierten Strom schmackhaft zu machen und Berlin auf lange Zeit an den Konzern zu binden. Ob es hilft? Nicht immer siegt Goliath.

■ Norbert Wilke

Vom Deichgrafen zum Klimafürsten?

Vom Braunkohletagebau Betroffene fordern Ministerpräsident Platzeck mit offenem Brief zum Verzicht auf neue Tagebaue auf.

Von der am Sonntag dem 9. Juni erfolgten Einweihung der Mahnglocke in Taubendorf bei Guben senden die

Jahren gab der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Manfred Stolpe, das Versprechen, Horno sei das letzte Dorf in der Lausitz, das dem Braunkohletagebau weichen muss und der Tagebau werde an der Taubendorfer Rinne enden. Der heutige Ministerpräsident Matthias Platzeck

ein: "Wir fordern Sie auf, das Übel bei der Wurzel zu packen! (...) Genehmigen Sie keine neuen Braunkohletagebaue, keine neuen Braunkohlekraftwerke und machen Sie sich einen neuen Namen: Werden Sie vom ‚Deichgraf‘ zum ‚Klimafürsten!‘" Bei Genehmigung eines Tagebaues Jänschwalde-Nord wäre der Ort Taubendorf von drei Seiten von der Grube umschlossen. Diese Planung verfolgen die Landesregierung und der Vattenfall-Konzern seit mehreren Jahren und brechen damit das in den 1990er Jahren gegebene Versprechen. In der vierten Richtung droht zudem noch der polnische Tagebau Gubin-Brody in Sichtweite aufgeschlossen zu werden. Das begonnene Planverfahren für einen Tagebau Jänschwalde-Nord kann die Brandenburgische Landesregierung jedoch jederzeit wieder beenden. Zu diesem Ergebnis war bereits 2012 ein Rechtsgutachten im Auftrag von GRÜNE LIGA und Deutscher Umwelthilfe DUH gekommen, dem die Landesregierung bisher nicht widersprach.

Die Mahnglocke wurde von einer Bürgerinitiative aus Taubendorf initiiert, in den vergangenen Monaten konnte der Holzturm mit zahlreichen Spenden aus der Region errichtet werden. Den vollständigen Wortlaut des offenen Briefes gibt es im Internet unter:

www.lausitzer-braunkohle.de/Texte/2013-06-09_mahnglocke_brieftext.pdf

■ Umweltgruppe Cottbus



Foto: Ralf Möller

Mahnglocke in Taubendorf

Organisatoren einen offenen Brief an Ministerpräsident Platzeck, in dem sie den Verzicht auf neue Braunkohletagebaue fordern. Die Glocke gegen den neuen Tagebau Jänschwalde-Nord läutet ab sofort täglich um 17:55 Uhr.

"Die Glocke ermahnt die Landesregierung, ihr Versprechen gegenüber den Bürgern der Region einzuhalten, dass keine weiteren Dörfer dem Kohletagebau geopfert werden." sagt Pfarrer Mathias Berndt aus Atterwasch. In den 1990er

war damals bereits Minister im Kabinett Stolpe und für die Braunkohlenplanung zuständig. Beim Oderhochwasser 1997 hatte Platzeck die Heimat der Menschen als höchstes Gut bezeichnet, will jetzt aber der Braunkohlenwirtschaft zuliebe mehrere Dörfer gegen ihren Willen umsiedeln lassen.

Der Brief geht auch auf den Zusammenhang zwischen Kohleverstromung, Klimawandel und der steigenden Häufigkeit sogenannter Jahrhundert-Hochwasser

Genossenschaft Hanffaser Uckermark e. G.

Seit 17 Jahren stellt die Hanf-Fabrik in Prenzlau ökologische Dämmstoffe her. Am 11. Februar 2013 wurde die Hanffaser Uckermark e. G. gegründet. Am 1. Mai übernahm die Genossenschaft die Hanf-Fabrik.

Übernahme der Hanf-Fabrik

Gegenstand der Genossenschaft sind der Betrieb und die Weiterentwicklung des Hanf-Produktionsstandortes Prenzlau, die Weiterentwicklung von Anbau und Verarbeitung von Hanf, sowie die Entwicklung neuer ökologischer Baustoffe, neuer Anwendungsbereiche und neuer Konzepte der ökologischen Bauweise. Die Genossenschaft ist eine produktive Genossenschaft, das heißt, dass im Vordergrund die gemeinsame Arbeit steht: die Herstellung von Erzeugnissen und deren Nutzung. Dazu gehören auch Weiterentwicklungen und Neuerungen, dazu gehört auch der Vertrieb. Wir sind ausdrücklich keine Konsumgenossenschaft. Wir wollen uns mit Partnern in gemeinsamer Arbeit zusammenschließen und wir wollen Investoren die Möglichkeit geben, in den nachhaltigen Stoff der Zukunft zu investieren, den Hanf.

Partner und Investoren

Mitglieder können Personen werden, die entweder Mitarbeiter oder produktive Partner der Genossenschaft sind oder die sich in der Hanf-Verarbeitung und Hanf-Nutzung engagieren und natürlich am Erfolg partizipieren wollen (investierende Mitglieder). Partner-Mitglieder haben einen Pflichtbeitrag von 10.000 Euro zu leisten. Für investierende Mitglieder beträgt der Pflichtbeitrag 5.000 Euro.

Was haben wir in Zukunft vor?

Verarbeitung und Nutzung von Hanf hatten es in den letzten Jahren hinter dem Hunger auf Erneuerbare Energien schwer,

Unterstützer zu finden. Dennoch gab es sie und gibt es diese zunehmend. Wir waren bisher eines der Zentren von Aktivisten und Unterstützern und wollen diese Stellung ausbauen. Dabei geht es nicht nur um Pläne und Konzeptionen, sondern um tatkräftige Umsetzung in Produktion und wirtschaftlichen Erfolg. Die Verarbeitung von Hanf soll ausgebaut werden, an-



Hanf-pflanze Foto: www.hanffaser.de

dere nachwachsende Rohstoffe sollen in die Produktpalette aufgenommen werden. Die Nutzung, insbesondere die Vermarktung von Hanf als Baustoff, soll sich weiterentwickeln, andere ökologische Baustoffe sollen sich dazu gesellen, neue Produkte, neue Anwendungen sollen entwickelt und zertifiziert werden. Langfristig wollen wir am Ziel mitarbeiten, mit nachwachsenden Rohstoffen die fossilen Stoffträger zu verdrängen oder wenigstens zu begrenzen.

Konsequenz

Bleiben soll unser ökologischer Anspruch. Wir wollen auch weiterhin tatsächlich nachhaltig produzieren und tatsächlich nachhaltige Produkte herstellen. Nicht verschleierte, nicht nur scheinbar ökologische, keine Mischungen mit Kunststoffen (Mischprodukte sind Sondermüll). Wir werden auch weiterhin keine gesund-

heitsbedenklichen Zusätze verwenden, auch weiterhin den Hanf ohne Spritzmittel anbauen, auch weiterhin die Genmanipulation von Hanf ablehnen und vieles mehr. Regionale Ökopolitik schließt auch ein, dass sich Hanf-Produktionsstandorte dezentral entwickeln müssen. Entweder im Erfahrungsaustausch, in Zusammenarbeit oder auch als eigene neue Standorte.

Warum Genossenschaft?

Eine Produktion benötigt natürlich Geld, für neue Maschinen, für Rohstoffe und für Entwicklungsprojekte. Doch weder Arbeit noch finanzielle Anteile sollen bei uns der Spekulation dienen, sondern ausschließlich dem eigentlichen Zweck von Herstellung, Vertrieb und Erlös. Wer Geld investiert, soll erfahren, wofür es verwendet wird, und er soll natürlich auch am Gewinn teilhaben. Gemeinsam wollen wir darüber wachen, konsequent zu bleiben.

Präambel unserer Genossenschaft

Für die Mitglieder, für die Mitarbeiter und für die Partner der Genossenschaft möge sich erfüllen, dass sie von ihrer Arbeit den Lebensunterhalt ihrer Familie bestreiten können. Nach dem Nutzen der Tätigkeit möge die Genossenschaft trachten und nach der Möglichkeit, in der Arbeit seine Fähigkeiten zu entfalten. Wachstum und Gewinn haben ihre Zeit. Nach Partnerschaft möge die Genossenschaft streben, nicht nach Zerstörung, weder nach Zerstörung der Nachbarn und Wettbewerber, noch nach Ausbeutung der Ressourcen und der Umwelt. Die Genossenschaft zeichne sich der Selbsthilfe, Achtung der Interessen der Partner, Selbstverantwortung, ökonomischen Effizienz, sowie Verantwortung gegenüber späteren Generationen, Gleichheit, Billigkeit und Solidarität unter den Mitgliedern verpflichtet.

■ www.hanffaser.de

Informationszentrum am Grumsin eröffnet

Am 2. Mai diesen Jahres wurde im umgebauten Dorfgemeinschaftshaus des Dorfes Altkünkendorf ein neuer Informationspunkt eröffnet. Mit der Verleihung des Titels „Weltkulturerbe“ für den Grumsiner Buchenwald vor zwei Jahren wuchs

auch das touristische Interesse. Mit der Eröffnung des nunmehr dritten Infopunktes durch die Umweltministerin Anita Tack, ist der Wald von drei Seiten her erreichbar. Neben Altkünkendorf befinden sich in der Blumberger Mühle und in Krakow weitere

Informationszentren für den Grumsin. Der Infopunkt ist von April bis Oktober geöffnet. Anmeldungen sind unter Tel. 0175-9328178 möglich.

■ Norbert Wilke

Bericht von der Bundesmitgliederversammlung

Nachdem die Mitglieder der GRÜNEN LIGA im vergangenen Jahr die neue Satzung beschlossen haben, fand in diesem Jahr auf Bundesebene erstmals eine Mitgliederversammlung ohne Wahlen statt. Ich war gespannt, wie viele Grünligen es nach Berlin ziehen würde. 25 Mitglieder scheuten schließlich die Mühen der Anreise nicht, um sich am 23. März aktuellen Fragestellungen der Verbandsentwicklung zu widmen. Zunächst skizzierte der Bundesvorsitzende der GRÜNEN LIGA, Dr. Torsten Ehrke, die Arbeit des Netzwerkes im vergangenen Jahr. Danach hielt der neue Präsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR), Prof. Dr. Hartmut Vogtmann, einen Gastvortrag. Er ging sowohl auf inhaltliche Schwerpunkte der DNR-Arbeit als auch auf die innerverbandliche Entwicklung und Profilierung des DNR ein. Die GRÜNE LIGA ist seit Oktober 1992 Mitglied im DNR und an dessen Arbeit entsprechend interessiert. Es schloss sich an den Vortrag des Präsidenten eine rege Diskussion an.

Im weiteren Verlauf berichtete Grit Tetzl, Stellvertretende Bundesvorsitzende der GRÜNEN LIGA, über die Arbeit des Vorstandes und des Bundessprecherrates. Bundesgeschäftsführerin Katrin Kusche hielt den Finanzbericht. Im Anschluss nahmen die Mitglieder die Berichte von Revisions- und Schiedskommission entgegen. Fazit: Ein gutes Jahr liegt hinter dem Netzwerk GRÜNE LIGA. Die Projekte wurden mit Erfolg bearbeitet, die Revisionskommission hatte keine Beanstandungen zur Buchführung, und die Schiedskommission war 2012 erneut arbeitslos. Ein Dankeschön geht hiermit an alle aktiven Mitglieder und finanziellen Förderer, die die Arbeit der GRÜNEN LIGA tragen und ermöglichen!

Nach der Annahme der Berichte folgten verschiedene Anträge zur Vereinsentwicklung. Den Reigen eröffnete ein Antrag zur Ernennung unseres langjährigen Vorstandsvorsitzenden Klaus Schlüter zum Ehrenvorsitzenden. Die neue Satzung hat den Weg für diese Funktion eröffnet. Und da gab es keine Diskussionen – Klaus Schlüter ist der er-

ste Ehrenvorsitzende unseres Verbandes. Weitere Anträge befaßten sich mit einer formalen Korrektur der Satzung (vgl. Antrag im Alligator Dez./Jan.) und einer Wahlordnung für die Mitgliederversammlung. Beide wurden angenommen, wobei die Satzungsänderung erst mit einer größeren Satzungsänderung zur Eintragung gelangen soll, um Verwaltungsaufwand



Foto: Norbert Wilke Klaus Schlüter wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt

zu sparen. Die Wahlordnung wurde mit kleineren Änderungen beschlossen.

Intensiv wurden die aktuellen Zwischenergebnisse der im vergangenen Jahr vom Bundessprecherrat berufenen Beitragskommission diskutiert. Dr. Torsten Ehrke stellte die bisherigen Ergebnisse vor. Im Mittelpunkt stehen die Beiträge der Regionalverbände (Landesverbände). Vorgeschlagen wird ein Sockelbeitrag von 1.500 Euro sowie ein weiterer Beitrag, der sich aus der Höhe der eigenen Beitragseinnahmen der Regionalverbände nach einer von der Beitragskommission entwickelten Formel ergibt. Nach den ersten Proberechnungen würden für die Regionalverbände geringere Beiträge an den Bundesverband als bisher entstehen. Das Modell ist bestechend, ob damit jedoch die Zahlungsschwierigkeiten der bisherigen Beitragsschuldner gelöst werden können, scheint fraglich. Noch diffiziler gestaltete sich die Diskussion um mögliche Stimmverteilungen auf der Mitgliederversammlung. Im Rahmen der Satzungsdiskussion ging es darum, Nichtzahler künftig mit verminderten Stimmrechten auf der Mitgliederversammlung auszustatten. Während natürlichen Mitgliedern mit der nunmehr beschlossenen Wahlordnung

bei nicht entrichtetem Beitrag weder ein aktives noch ein passives Wahlrecht auf der Mitgliederversammlung zusteht, sieht die Wahlordnung für juristische Personen eine Sanktionierung nicht vor.

Der von der Beitragskommission (die vom Bundessprecherrat gleichzeitig beauftragt ist, sich mit Stimmrechtsfragen der Mitgliederversammlung zu befassen) vorgelegte Diskussionsvorschlag zur Verteilung von Stimmrechten, hebt jedoch auf diese Fragestellung gar nicht ab, sondern befasst sich mit einer generellen Neuregelung von Stimmrechten, wobei für natürliche Mitglieder 1 Stimme, für Mitgliedsgruppen 3 Stimmen sowie für Regionalverbände 9 Stimmen vorgeschlagen wurden (verteilt auf mindestens 3 Personen). In der Diskussion wurden alle Möglichkeiten verglichen. Letztlich kam man zu keiner Einigung. Dies war jedoch nicht das Ziel. Die Beitragskommission hat vorerst

Modelle entwickelt, die nun im Netzwerk bis zur nächsten Mitgliederversammlung diskutiert werden sollen (Präsentation kann bei der Beitragskommission angefordert werden). Für das Haushaltsjahr 2013 bestätigten die Mitglieder dann – wie vom Sprecherrat beantragt – die bestehende Beitragsordnung und beschlossen einen Haushaltsplan, der sich an den Eckdaten des Vorjahres orientiert.

Ebenso intensiv wurde die inhaltliche Ausrichtung des Halbjahrestreffens diskutiert. Es wird sich thematisch mit den erneuerbaren Energien und mit der zukünftigen Energieversorgung befassen, wobei die bestehenden „Fachgrundsätze Energie“ als Basis genutzt werden. Das Halbjahrestreffen wird von der Umweltgruppe Cottbus ausgerichtet. Vorgeschlagen wurde auch eine Exkursion. Dem Antrag der Umweltgruppe Cottbus auf Benennung als Bundeskontaktstelle Braunkohle gaben die Mitglieder ihre Stimme. Den Schlussakzent der Versammlung setzten die Regionalverbände mit ihren Berichten aus der Vor-Ort-Arbeit. Wie immer ein Beweis für die Vielfalt der GRÜNEN LIGA

■ Katrin Kusche

NACHGEHAKT §

ALTE VERFAHREN WIEDER AUFGEROLLT

Teil 2: Transrapid

Die Antitransrapid-Aktivisten setzten vor allem auf Grüne und PDS. Man tauschte Informationen aus, die Fachleute aus den Umweltverbänden schrieben Leserbriefe oder traten auf Partei- und Gewerkschafts- oder anderen Versammlungen auf, ich z. B. auf einem Kreisparteitag der PDS in Oberhavel, wo einige GenossInnen auf Arbeitsplätze beim Schienenfahrzeug-hersteller ADTranz (heute Bombardier) in Hennigsdorf hofften. Daran glaubte sogar Manfred Stolpe. Dass ein Flugzeugbauer besser darauf vorbereitet wäre, wusste man nicht. Zur gleichen Zeit wurde die Magnetschnellbahnplanungsgesellschaft (MPG) gegründet (13.10.1994) und das Magnetschwebbahnplanungsgesetz vom Bundestag beschlossen (23.11.1994). Das erhoffte Aus durch Regierungswechsel war ja nicht eingetreten. 1995 wurde es ernst: Erstmals mussten die Umweltverbände Stellungnahmen schreiben. Am 18. Oktober 1995 fand die Antragskonferenz statt, auf der festgelegt wurde, welche Umweltbelange im Einzelnen zu berücksichtigen waren. Das Ergebnis unserer Bemühungen stellte uns nicht zufrieden, zu viele Vorschläge von uns wurden als irrelevant abgetan.

Im Sommer 1996 wurden die Unterlagen zum Raumordnungsverfahren ausgelegt. Auch die GRÜNE LIGA Brandenburg erhielt 13 dicke Aktenordner. Ich setzte mich erst mal hin und sortierte das Ganze um: Nicht alle Unterlagen zu Gewässern in einem Band, sondern zum Abschnitt 3 heftete ich zusammen. Danach schrieb ich wieder Leserbriefe, in denen ich die Menschen aufrief, in die Verwaltungen zu gehen, und sie informierte, wo die wesentlichen Sachen in den Unterlagen zu finden seien. Die Lokalpresse sortierte diese Briefe zum Glück nicht in die Meinungsspalten, sondern in die Informationsteile. Später bedankten sich Menschen für diese Lesehilfe, die zu geben ja eigentlich die Verwaltungen verpflichtet waren. Aber die sahen ja selbst nicht durch: Bei einer Veranstaltung in Neustadt/Dosse erschrak der Amtsdirektor, als er meinen Ausführungen entnahm, dass der Transrapid direkt am seniorengerechten



Foto: Norbert Wilke

Abschlussaktion zum Volksbegehren in Potsdam

Wohngebiet vorbeizischen würde: Was kann ich denn da machen? Schreiben Sie das in Ihre Stellungnahme, da sind noch drei Tage Zeit. Was, mehr nicht? In den vier Wochen Auslegungszeit, mitten in den Ferien, hatten wohl nur die durch die Umweltverbände aufgetriebenen Bürger hineingeschaut (aber darum wird ja so etwas immer in den Sommerferien ausgelegt).

Andererseits war es ein Glücksfall, dass gerade Sommer war: Am Wochenende stieg ich mit dem Fahrrad in den Zug und radelte tagelang alle Trassen ab, über 300 Kilometer. Manchmal hatte ich das Gefühl, dass alle möglichen Vögel, die ich gar nicht kannte, sich präsentierten, um von mir gesehen zu werden. Heute würde das übrigens gar nicht mehr gehen: Statt mal eben einen Moment Platz zu nehmen und fünf Karten miteinander zu vergleichen, müsste ich eine CD in den Laptop legen und stundenlang warten und rumschrollen, um auf der Karte das zu finden (oder auch nicht) was ich gerade sehe. Immerhin: Ich kannte jetzt alle möglichen Strecken und konnte den Planern in punkto Ortskenntnis das Wasser reichen, mitunter sogar mehr als das. Das nutzte mir bei der Anhörung ungemein.

Die nichtöffentliche Anhörung der Behörden und Verbände im Oktober 1996 nutzte die grüne Bank, um den MPG-Chef, einen eiskalten Bürokraten, zur Verzweiflung zu bringen. Ausgerechnet mein Heimatdorf Walsleben sollte es ganz schlimm treffen: Das Neubaugebiet (vier Wohnblöcke mit ca. 200 Einwohnern) war als Gewerbegebiet in den Karten eingetragen: Lärmschutz unnötig. Die Schule war Mischgebiet Lärmschutz nicht so hoch. Gefundenes Fressen, aber aus informierten Kreisen wussten wir, dass die MPG die neu aufgetauchte Südtrasse (von Perleberg über Neustadt/Dosse und Nauen nach Falkensee) errichten wollte, Walsleben lag an der Nordtrasse entlang der A24, welche das Land offiziell bevorzugte. Also begann ich meine Einwendung zum Lärmthema mit Neustadt/Dosse, der Schule in Kleinow, dem Neubaublock in Plänitz-Leddin (nur ein Haus, maximal fünf Einwohner, passiver Lärmschutz ausreichend), als der mir ins Wort fiel. Meine Mitarbeiter sind die Trasse mehrmals abgegangen, da kann uns nichts entgangen sein außer irgendeiner Hütte, bei der kein Mensch sich denken kann, dass da noch wer rauskriecht, wenn Sie da vorbeikommen. Na, dieses konnte ich

nun mit der Schilderung der Walslebener Verhältnisse so deutlich widerlegen, dass der feine Herr plötzlich sehr ausfallend wurde, aber die Herren von der Landesplanung schrieben fleißig mit

Die Landesplanerische Stellungnahme war dann über 200 Seiten dick und widerspiegelte das Landesinteresse: Zur Nordtrasse drei Auflagen (Walsleben beim Lärmschutz extra erwähnt), zur Südtrasse ein Dutzend. Trotzdem wurden jetzt die Unterlagen zur Planfertigstellung der Südtrasse erarbeitet.

Indessen beschränkten wir uns nicht auf die Verwaltungsebene. Irgendwann 1995/96 hatten sich unter maßgeblicher Initiative der GRÜNE LIGA Brandenburg und des BUND Berlin ein Bündnis „Bürgerinnen gegen Transrapid Brandenburg/Berlin“ gebildet, denen u.a. auch Gewerkschaften, VCD, ein Bündnis gegen Bahnprivatisierung, vor allem aber auch etliche Bürgerinitiativen angehörten. Mit letzteren waren wir schnell einig, dass Sankt Florian bei uns keinen Platz haben sollte. Das Projekt Transrapid gehört ins Museum, aber nirgendwo in die Landschaft. Und tatsächlich: Mir kam nur einmal eine Mitteilung unter die Augen, dass irgendwer eine andere Trasse als die durch seinen Vorgarten forderte – und dieser Ort war bei uns nicht vertreten.

Gleich nach dem Raumordnungsverfahren, als viele Bürger aufgewacht waren und viele zudem durch die neue Trasse überhaupt erst auf das Thema gestoßen waren, begannen wir mit der Sammlung von Unterschriften für eine Volksinitiative. Die Landesregierung sollte aktiv werden. Nach einigen Monaten konnten wir 27 000 Unterschriften übergeben. Um Journalisten anzulocken, verkündeten wir, den Transrapid bei der Gelegenheit öffentlich aufessen zu wollen und dass taten wir in Form einer Torte. Das gab gute Bilder und gute Medienresonanz. Das ORB-Fernsehen versprach sich wohl die nächste Torte, als sich der harte Kern zu einem Workshop „Wie weiter gegen Transrapid?“ traf, bei dieser Gelegenheit klärten wir die Finanzierung des angestrebten Volksbegehrens bzw. besser unserer Kampagne dafür. Dabei entstanden auch die Plakate (weihnachtliches Grün, darin zwei mit einer Modellbahn spielende Kinder, aufmontiert die Köpfe von Helmut Kohl und seinem Verkehrsminister Wissmann und dem Spruch: „Lieber Weihnachtsmann! Wir wünschen uns einen Transrapid groß!“ Jahre später sah ich das noch in einem Amtszimmer

hängen.) und der Entwurf für unsere Minus-Tausend-Mark-Scheine mit dem Brüdern Grimm vorne und dem Transrapid auf der Rückseite. Die warfen wir dann öffentlich durch eine Tonne („Fass ohne Boden“).

Als diese Scheine schon Kultcharakter bekommen hatten, in Berliner Szenelokalen auslagen und wir gerade über eine Neuauflage nachdachten, kam ein Brief von der Bundesbank mit der Aufforderung, dieses Falschgeld sofort aus dem Verkehr zu ziehen und zu vernichten. Daraus machten wir natürlich eine neue Pressemitteilung. Halb Brandenburg lachte.

Trotz großen Aufwands, prominenter Unterstützung und absolut professioneller Bewerbung: Wir schafften es nicht, die Untergrenze für ein Gelingen des Volksbegehrens (80 000 Unterschriften) zu überschreiten. Das Problem besteht bis heute: Die Amtseintragung. Die Großmutter der Freien Heide, Annemarie Friedrich aus Flecken Zechlin, war sechs Stunden wegen dieser Unterschrift auf den Beinen: Erst musste die über 80jährige zum Bus laufen, um nach Wittstock zu fahren, dort drei Stunden warten, bis sie ins Amtszimmer eingelassen wurde, und als sie dieses verließ, sah sie durch das Fenster gerade ihren Bus abfahren. Leider hat die rot-rote Landesregierung immer noch Angst vor dem Volk, sonst wäre dieser Unsinn gerade beendet worden.

Immerhin hatten wir aber durch diese Aktion die Landesregierung insoweit in Schach gehalten, als bis zum Scheitern des Volksbegehrens offiziell nichts für den Transrapid unternommen wurde. Kurz danach trat die CDU in die Landesregierung ein, und jetzt schienen die Transrapid-Fans Oberwasser zu bekommen. Im Bund allerdings regierte inzwischen Rot-Grün. Im Koalitionsvertrag stand zum Thema, dass im Falle weiterer Kostensteigerungen die Industrie angemessen an den Kosten zu beteiligen wäre. So ein typischer Koalitionsvertragskompromiss eben. Aber die Strategie der Grünen ging auf. Die Kosten für den Transrapid stiegen, als die Unterlagen zu den angelaufenen Planfeststellungsverfahren nach und nach öffentlich ausgelegt wurden. Im Sommer 1999 opferte ich noch ein paar Urlaubstage, um in Kletzke, Kampehl und Nauen den Verhandlungen beizuwohnen. Nach Friesack und Karstadt und Dallgow-Döberitz musste ich nicht mehr. Der neue Bahnchef Mehdorn wollte diesen Brocken bei der Bahnprivatisie-

rung nicht am Hals haben 2 Mrd. DM für 20 Minuten Zeitgewinn sind mir zu viel, da war er ausnahmsweise mal vernünftig. Die Industrie wollte auch nicht mehr ihren Beitrag erhöhen. Die Grünen waren sowieso dagegen. Im März 2000 verkündete Bundeskanzler Schröder das Aus für die Strecke Berlin-Hamburg. Eines der kuriosen Gesetze deutscher Rechtsgeschichte – das „Magnetschwebbahnbedarfsgesetz“ seine vier Paragraphen kann ich noch auswendig- wurde aufgehoben.

Ganz zu Ende war das Thema noch nicht. Zwecks Exportförderung sollten andere Strecken gebaut werden. Der Metrorapid im Ruhrgebiet war nur eine kurze Planungsspielerei und wurde 2003 ad acta gelegt. Mit dem Flughafenzubringer in München dauerte es wesentlich länger, aber auch er scheiterte daran, dass der Finanzbedarf plötzlich gestiegen war. Die entgleisten Gesichtszüge von Günter Beckstein und Erwin Huber beim Verkünden dieser unerwarteten Nachricht blieben in lustigster Erinnerung.

Was blieb? Immerhin eine gebaute Strecke in Shanghai. Ich traf mal einen, der dort mitgefahren ist und sich wohl fühlte. Ob den Bauern, denen das Land dafür weggenommen wurde, das auch so sehen, möchte ich bezweifeln. Aber da die chinesische Propaganda angeblich gar nicht erwähnt, dass der Transrapid Importtechnik ist, ist es für sie vielleicht erträglich. Dann bleibt eine auf YouTube immer noch präsente berühmte Rede von Edmund Stoiber. Besonders gut auf der CD mit anderen Geistesblitzen dieses Herrn, kommentiert mit Blasmusik. Dann eine Brücke in Staaken, die viel zu breit ist da, wo jetzt Wildkraut wächst, sollte er lang fahren, der Transrapid. Und es bleiben Erinnerungen: An Landschaften, die ich sonst nie erlebt hätte. An die Kraniche bei Nauen, die mich damals grüßten und jetzt immer noch da sind. An interessante Menschen, die ich kennenlernen durfte. Und an manch lustiges Erlebnis am Rande, für das hier kein Platz mehr ist.

■ Heinz-Herwig Mascher

Alleenschutz in Brandenburg aktuell

Gefährliche Landstraßen? Gefährliche Autofahrer !

Mit den „gefährlichen Landstraßen“ meint der Verfasser sicherlich die „lebensgefährlichen Bäume“, denen unschuldige Autofahrer zu Opfer fallen. Diese These veranlasst doch zum Nachdenken, denn für jeden Angeklagten gilt erst einmal die Unschuldsvermutung. D. h. nicht unbedingt für jeden, denn sonst bekäme nicht jeder Fahrzeughalter bei der Unfallkostenverteilung immer einen Anteil allein aus der Grundgefährdung durch Haltung eines (von sich aus) gefährlichen Fahrzeugs. Eigentlich lieben wir ja sonst alle unseren Freund, den Baum, doch wenn ein Schaden eingetreten ist, versuchen wir immer den menschlichen Verursacher zu entschuldigen. Es war in der Pressenotiz eben wieder einmal ein Baumunfall. Die Ursachen werden erst später geklärt und nicht mehr berichtet. Was hat zum Unfall geführt, hat Alkohol eine Rolle gespielt, war der Fahrer wie vorgeschrieben vorsichtig und rücksichtsvoll? Wie war seine Gemütsverfassung, war aufgeregt oder aus dem Häuschen, z. B. nach einem Fußballspiel oder Konzert? Wir sehen im Fernsehen und lesen nach jedem Wochenende die erschreckenden „Partyunfälle“ Gerade junge Fahranfänger neigen zu Übermut, wollen die im Vergleich zur eigenen so viel größere Kraft des Motors auskosten – es gibt so viele Konstellationen die für den Fahrer, die übrigen Verkehrsteilnehmer und nicht zuletzt für Bäume gefährlich werden. Letztere sind zwar unbelehrbar, müssen aber auch nicht abgesägt werden. Selbst Menschen sind u. U. unbelehrbar. Die heutigen Fahrzeuge haben eine sehr präzise Lenkung und bei Beachtung des § 1 der Straßenverkehrsordnung dürfte kein Fahrzeug von der Straße abkommen.

■ peter E R N S T
- GRÜNE LIGA -

Biotopschutz contra Allee?

Im Landkreis Oberhavel wurde vor 15 Jahren unweit von Zehdenick ein Feldweg mit Roßkastanien bepflanzt. Die örtliche Jagdgenossenschaft hatte hierfür angesparte Gelder bzw. Jagdpachtgelder, die wegen Geringfügigkeit der Flächen nicht ausgezahlt wurden, verwandt. Trotz erheblicher Trockenheit wuchsen alle Bäume an und zieren nun den Feldweg, der nach Lütkeshof führt. Hier war bis vor wenigen Jahren noch der Franziskushof,

nicht vollständig verdrängen. Wo also liegt das Problem?

Bisher hat der Landkreis die Fällung abgelehnt. „Trotz aller Kritikwürdigkeit kann ich im Gesamtzusammenhang keinen einzigen stichhaltigen Grund erkennen, der es rechtfertigen würde, eine intakte Allee zu fällen“ so Klaus-Dieter Lieske, zuständiger Sachbearbeiter der Unteren Naturschutzbehörde.

Da die Allee ein geschütztes Biotop ist,



Foto: Norbert Wilke

Kastanienallee bei Zehdenick

von Altkatholiken betrieben, aktiv. Nun verfällt das Gehöft zusehends. Wieviel Pflege in den trockenen Jahren in die Allee floss ist heute nicht mehr zu ermitteln. Um so erstaunlicher ist der Umstand, dass selbsternannte „Naturschützer“ nun bei der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises die Fällung beantragt haben. Die offizielle Begründung lautet, durch die Kastanien würde ein seltenes Trockenrasenbiotop überwuchert. Vor Ort wird schnell klar, dass dies absoluter Unfug ist. Der Wegesrand ist gesäumt von der typischen nährstoffliebenden bis frischen Vegetation. Direkt angrenzend befinden sich Intensiväcker. Trockenrasen hat hier schon lange keine Chance mehr. Selbst wenn die Kastanien in den nächsten fünfzig Jahren wachsen und gedeihen, werden sie die wegbegleitende Vegetation

der Wegessaum aber nicht, ist der Antrag auf Fällung eine Aufforderung zu einer Straftat. Die Beantragung müsste durch die Verbandsbeteiligung laufen und die Umweltvereine könnten gegen die Fällgenehmigung der UNB klagen und ein Rechtsverfahren führen. Die UNB würde mit Sicherheit verlieren und müsste die Kosten übernehmen. Das will sie bestimmt nicht, andererseits ist auch Wahlkampf. Sicher sein kann man sich nie.

■ Norbert Wilke

Lieber mit Wolf – Brandenburg erarbeitet ein Wolfsmanagementplan!

Immer wieder kursieren Meldungen durch unsere Tagespresse über Wölfe die Ponys angreifen, sich zu riesigen Rudeln zusammenschließen und das Wild der Region vor den Augen der Jägerschaft dezimieren, von gefressenen Großmüttern ganz zu schweigen. Es wird, noch unterschwellig, Stimmung gegen den Wolf im Land gemacht. Hierbei wird leider viel Halbwis-

der Schorfheide erlegt wurden, ist nicht bekannt. Verbürgt ist, dass es sich um die letzte Wolfsjagd dort gehandelt hat.

Dann verschwanden die Wölfe, sie konnten dem Bejagungsdruck nicht mehr standhalten und starben in Deutschland aus. Ich kann mich erinnern, dass in den siebziger Jahren immer wieder Wölfe aus Polen bei uns eingewandert sind.

Heide konnte bisher ein Einzeltier über längere Zeit nachgewiesen werden.

Die gesamte Deutsch-Westpolnische Population umfaßt etwa 180 Tiere, dass ist immer noch sehr wenig. Die Gefahr von Seuchen und genetischen Defekten ist groß, die Zuwanderung von Wölfen der Alpenpopulation oder aus den Karpaten und dem Baltikum ist dringend notwen-



Foto: Gabi Müller

Wölfe im Heimattierpark Kunsterspring

sen kundgetan, welches von den Medien gerne weitergegeben wird.

Im 19. Jahrhundert verschwand der Wolf aus unseren brandenburgischen Wäldern. Im Jahr 1809 mussten im kalten Januarmonat Treiber von den Gemeinden zur Wolfsjagd abgestellt werden. Vom 23. bis zum 30. Januar versammelten sich pünktlich um 7.00 Uhr 35 Männer vor dem Forsthaus in Groß Schönebeck. Konnten die Gemeinden die erforderlichen Treiber nicht stellen, bekamen sie eine Rechnung von acht Groschen pro Tag und Mann vorgelegt die sie an den königlich-preußischen Landjäger zu zahlen hatten. So geschah es dann auch, da sich die Stadt Zehdenick z. B. weigerte die erforderlichen Treiber zu stellen. Die Menschen waren durch den napoleonischen Krieg und die französische Besatzung in tiefe Armut gestürzt und so geschah es, dass Treiber entkräftet zusammenbrachen und in den Wäldern erforen. Ob die Stadt Zehdenick die Rechnung an die Königliche Forstverwaltung bezahlte und ob im Januar 1809 Wölfe in

Diese wurden alle erschossen, kleine Zeitungsartikel berichteten darüber. Eine Rudelbildung konnte so nicht erfolgen. Erst mit der Wende, der Wolf galt auch in Ostdeutschland als geschützte Art, konnte er wieder nach Deutschland einwandern. Im Jahr 1998 wurden erstmals Wölfe in der Lausitz gesehen, zwei Jahre später konnten die ersten Wolfswelpen in der Muskauer Heide in Sachsen nachgewiesen werden. Im Grenzgebiet zu Sachsen, im Zschornoer Wald, gelang 2007 die erste Ansiedlung eines Wolfsrudels, nach über 100 jähriger Abwesenheit, in Brandenburg und ein Jahr später wurden zwei Wolfswelpen nachgewiesen. Der Anfang war getan. 2011 gab es wieder sechs Rudel mit etwa 47 Wölfen im Land Brandenburg, Tendenz leicht steigend. Die Siedlungsgebiete sind meist abgelegene Truppenübungsplätze oder Bergbaufolgelandschaften. Nicht im Norden, in den weitläufigen Wäldern der Schorfheide und der Uckermark, sondern im Süden erfolgte die Wiederbesiedlung. Lediglich auf den Flächen der Wittstock-Ruppiner

dig, scheitert aber an Barrieren wie Straßenverkehr und illegaler Bejagung. Der Bestand unserer heimischen Wölfe muss daher konsequent geschützt werden.

Hierfür ist neben dem staatlichen Schutz eine positive Öffentlichkeit notwendig. Unter dem Motto „Rotkäppchen lügt“ startete der NABU erst kürzlich eine Aufklärungskampagne. Kein Märchen verdeutlicht so sehr die unterschweligen Ängste der Menschen vor Unbekanntem wie eben Rotkäppchen. Ein weiterer wichtiger Punkt der Wolfsgegner ist der Punkt, dass sich das Wild ständig beunruhigt fühlt und die Jagdstrecke durch die Konkurrenz des Wolfes schwindet. Beides ist eindeutig widerlegt, Filmaufnahmen aus Fotofallen belegen das Miteinander von Wolf und Wild und die Jagdstrecke leidet ebenfalls nicht. Der Wolf nimmt seine Rolle als Gesundheitspolizei wieder ein und unterstützt die Bildung gesunder Schalenwildpopulationen. Dadurch sinken die Wildbestände im Wolfsrevier nicht ab, meist gibt es ohnehin eine zu hohe Schalenwildichte im Revier.

Ein wichtiger Aspekt ist außerdem der Verlust von Nutztieren durch den Wolf. Hierbei sind insbesondere Schafe, Ziegen, Damwild und in Ausnahmefällen auch Kälber betroffen. Im Jahr 2011 wurden 70 Schafe, 13 Damtiere aus Gattern, eine Ziege und ein Kalb gerissen. Hier kommt den Wolfsbetreuern eine große Verantwortung zu: Sie müssen entscheiden, ob die Risse auf Wölfe oder verwilderte Haushunde, verwilderte Wolfshunde o. ä. zurückgehen. Für gerissene Haustiere gibt es eine staatliche Entschädigung. Hier müssen jetzt auch Kleintierhalter bei Verlust von Einzeltieren aufgenommen werden. Eine Vielzahl der Verluste hätte im Vorfeld verhindert werden können. Wolfssichere Einzäunungen und Einfriedungen sind in den Wolfsrevieren notwendig. Wölfe nutzen Lücken in der Absicherung, sie unterkriechen Hindernissen, springen bei niedrigen Zäunen darüber oder nutzen defekte Gattertüre. Tiere dürfen niemals über Nacht angepflockt werden, kleine Herden sind im Stall sicher. Ein Elektrozaun oder der Einsatz von Her-

denhunden lässt dem Wolf keine Chance. Herdenschutzhunde sind bei einigen Schäfern schon im Einsatz, die Kosten pro Hund belaufen sich im Jahr auf etwa 800 Euro. Hier sollte ebenfalls geprüft werden, ob es bei der Anschaffung dieser Tiere Unterstützung (Anschaffungskosten, Unterhalt, Patenschaften etc.) geben kann. Das Land Brandenburg verfügt über ein flächendeckendes, ehrenamtlich arbeitendes Netz von Wolfsbetreuern. Lediglich der Wolfsbetreuer Steffen Butzeck arbeitet hauptberuflich.

Ihm zu Seite muss ein, bereits vom Umweltministerium zugesagter Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit gestellt werden, der die Informationsarbeit zum Wolf im Land leisten kann. Diese Informationsstelle sollte im Norden Brandenburgs initiiert werden. Hier ist mit der Ansiedlung von Wölfen in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren zu rechnen, hier leben die meisten Schafe und es ist viel Präventionsarbeit zu leisten. Bei einer effektiven Umsetzung des Wolfsmanagementplanes des Landes Brandenburg lassen sich

Verluste an Nutztieren weitestgehend einschränken. Leider hat der Bauernverband demonstrativ seine Mitarbeit eingestellt, indes gibt es mit dem Schäferverband eine gute Zusammenarbeit. Die Jägerschaft ist noch gespalten, einige kämpfen für die eingewanderten Wölfe als Wolfsbetreuer, ein Teil ist noch skeptisch und andere lassen einen bereits gesehenen Wolf „weiterziehen.“ Er wird nie mehr gesehen und taucht auch nicht wieder auf. Haupttodesursache bei Wölfen ist aber nach wie vor der Verkehr. Hier sind im Bereich des Wildbrückenbaus noch größere Lücken zu schließen. Es scheint alte Hauptwanderwege der Wölfe zu geben, hier verunfallen oft Tiere. Dennoch gibt es gute Gründe zur Hoffnung, dass der Wolf in Brandenburg wieder heimisch wird. Dafür braucht er unsere Unterstützung. Lieber mit Wolf leben als ohne!

■ Norbert Wilke

265.000 Unterschriften = Tschüss Vattenfall



Montag, den 10.06 war das Kampagnenbüro bis spät abends mit der Prüfung von Bergen voll Unterschriftenlisten beschäftigt. Allein am letzten Tag gingen 34.189 Stimmen ein! Um 23.34 Uhr wurden schließlich die allerletzten Unterschriften beim Pförtner der Landesabstimmungsleitung eingereicht. Ein wahnsinniger Endspurt liegt hinter uns. Erst wenige Tage vor dem Ende der Sammel-

frist waren die 200.000 Unterschriften sicher. Ende Mai hatten viele schon gar nicht mehr an einen Erfolg geglaubt. Danke an alle, die nicht aufgegeben haben!

265.000 Stimmen für den Volksentscheid! Dafür haben wir vier Monate gekämpft, gefroren, und uns nassregen lassen.

■ Kampagnenteam Stefan Taschner

Wohin mit unseren Seen?

Lange haben sich die Verhandlungen zwischen dem Bund und dem Land Brandenburg hingezogen. Im Januar diesen Jahres konnte dann die Umweltministerin Anita Tack verkünden, dass das Kabinett die Übertragung der Seen beschlossen hat. So sah der Kabinettsbeschluss vom 29. Januar 2013 vor, 45 Seen an Städte und Gemeinden bzw. Landkreise, 14 Seen an den Naturschutzfonds (NSF) und

sechs Seen an die Obere Forstbehörde zu übertragen. Das Land hat 3,47 Millionen Euro dafür an den Bund gezahlt, da die Bundesregierung eine einfache Zuordnung der Seen an das Land abgelehnt hatte. Es wurde ein Interministerieller Arbeitskreis (IMAK) gegründet. Dem IMAK gehören Vertreter des Innen-, des

Finanz-, des Landwirtschafts-, und des Umweltministeriums sowie der Staatskanzlei an. Jetzt hat sich eine Initiative gebildet, die das gesamte Seepaket in eine Stiftung übertragen möchte.

Die Idee einer Seestiftung wird vom Städte- und Gemeindebund, vom Landesanglerverband und vom Landesfischereiverband getragen. Der Entwurf einer Stiftungssatzung wurde bisher noch nicht veröffentlicht, ebensowenig die geplante Finanzierung. Die Initiatoren planen eine Verwaltung der Seen durch den Anglerverband. Den Umweltverbänden wurde das Stiftungsmodell am 22. Mai durch den Städte- und Gemeindebund vorgestellt. Eine Mitarbeit der Naturschutzvereine in der beabsichtigten Stiftung ist aber ausdrücklich unerwünscht. Da

der Landesanglerverband zumindest auf der Bundesebene selbst ein anerkannter Naturschutzverband ist, sei dies nicht notwendig. Die Umweltvereine befürchten ohnehin eine Privatisierung der mit öffentlichen Geldern erworbenen Seen durch die Hintertür. Eine privatrechtliche Stiftung verwaltet durch den Landesanglerverband erweckt natürlich Mißtrauen. Zumal die Idee einer Stiftung erst ent-

im Landtag, Martina Gregor-Ness (SPD), erklärte anlässlich der Seentagung im Haus der Natur am 29. Mai, dass sie den Kabinettsbeschluss als nicht bindend erachtet, da die Stiftungsidee zur Zeit des Beschlusses noch nicht bekannt war. Sie fände die Stiftungsvariante gut und werde sie intensiv prüfen.

Der Leiter der Naturschutzabteilung, Axel Steffen, zeigte sich über den



Foto: Norbert Wilke

Salchowsee bei Baumgarten im Landkreis Oberhavel

Schwenk von Frau Gregor-Ness verwundert. Das Umweltministerium arbeite an der Umsetzung des Kabinettsbeschlusses vom Januar und bereite die Seenübertragung vor. Zur Zeit werden die in Frage kommenden Städte, Gemeinden und Landkreise abgefragt, ob sie die Seen in ihrem Bereich übernehmen wollen. Weitere 35 Seen mit einer Größe von bis fünf Hektar sollen ebenfalls an das Land

übertragen werden. Ginge es nach Lars Dettmann, dem Geschäftsführer des Landesfischereiverbandes, sollten auch diese Gewässer von der Stiftung – die dann über 100 Seen verfügen würde – übernommen werden. Sollte der Kabinettsbeschluss vom Januar vom Parlament kassiert werden, würde der Naturschutz verlieren. Die Glaubwürdigkeit in die Arbeit des Kabinetts hätte verloren, die erfolgreiche Seenpetition gegen die Gewässerprivatisierung in Brandenburg – woraufhin die Initiative des Landes ja erst gestartet wurde – wäre verpufft.

stand als bekannt wurde, dass 14 Seen an den Naturschutzfonds (NSF) übertragen werden sollen. Am Grubensee, der bereits vom Naturschutzfonds verwaltet wird, wurde einem Fischer, der keinen gültigen Pachtvertrag hatte, vom NSF gekündigt. An einem Campingplatz wurden durch die Untere Naturschutzbehörde Stege, die ohne Genehmigung gebaut wurden, abgerissen. Das sorgte für Unruhe vor Ort, die Stiftungsidee eine Retourkutsche, um weitere Seenübertragungen an den NSF zu verhindern? Das ist natürlich reine Spekulation. Dennoch, die Stiftungsinitiatoren lassen nichts unversucht, haben sich bereits mit Ministerpräsident Platzeck und Landwirtschaftsminister Vogelsänger getroffen um ihre Ideen vorzustellen. Die Vorsitzende des Umweltausschusses

■ Norbert Wilke

Peter Ernst zum 80. Geburtstag

Selbst der Jubilar konnte sich nicht daran erinnern, schon einmal einen so kalten 24. März erlebt zu haben. Das Thermometer sank auf minus 12 Grad. Das tat der Stimmung im „Kartoffel-Pub“ in Potsdam aber keinen Abbruch. Groß war

ein unermüdlicher Streiter für den Natur- und Umweltschutz in seiner Heimatregion. Im jahrelangen Kampf um die Ausweisung der Parforceheide als Landschaftsschutzgebiet, den Erhalt des Güterfelder Haussees, die zivile Nutzung

Landessprecherrats der GRÜNEN LIGA, Vertreter im Umweltbeirat des Landes Brandenburg. Heute engagiert er sich als Sachkundiger im Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr der Stahnsdorfer Gemeindevertretung. Seine Mitgliedschaften im Stahnsdorfer Heimatverein, Jagdschloss Stern-Parforceheide e. V., der Pücklergesellschaft und der Interessengemeinschaft Teltowkanalau bilden eine gute Basis für sein öffentliches Wirken. Im Förderverein „Gütergotz Kultur & Landschaft e. V.“ hatte Peter Ernst maßgeblichen Anteil, dass 2004 im Rahmen des thematischen Themenjahres Kultur- und Landschaft Brandenburg die Ausstellung „200 Jahre Schloss Gütergotz“ initiiert wurde und Güterfelde in den Fokus der Öffentlichkeit rückte.“

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Von 2002 bis zu seiner Auflösung hat Peter die GRÜNE LIGA im Umweltbeirat des Landes vertreten. Viele Jahre hat er für die Unterschutzstellung der Parforceheide gekämpft, Wanderwege mit angelegt, Naturdenkmale ausgeschildert und als sie im Jahr 1997 endlich unter Schutz gestellt wurde war dies in erster Linie Peters Verdienst. Als die Bundeswehr auch den Schießplatz im Gebiet aufgab, war die Heide frei begehbar. Als die ehemalige Hühnerfarm bei Güterfelde im LSG zu einem Bauernmarkt umfunktioniert wurde, kämpfte Peter gegen den Schwarzbau auf dem Rechtsweg bis zur Einhaltung der LSG-Verordnung.

Peter ist seit der Wende Mitglied der SPD, sitzt für sie in der Gemeindevertreterversammlung in Stahnsdorf, arbeitet für die SPD-Lokalzeitung „Gütergotz Landbote.“ Sein größter Geburtstagswunsch, die Zurückbenennung seines von den Nazis wegen seines „undeutschen“ Namens umbenannten Gütergotz, ging noch nicht in Erfüllung. Aber das wird sicher noch. Wir wünschen Peter auch künftig alles Gute, Gesundheit und viel Schaffenskraft!

■ Norbert Wilke

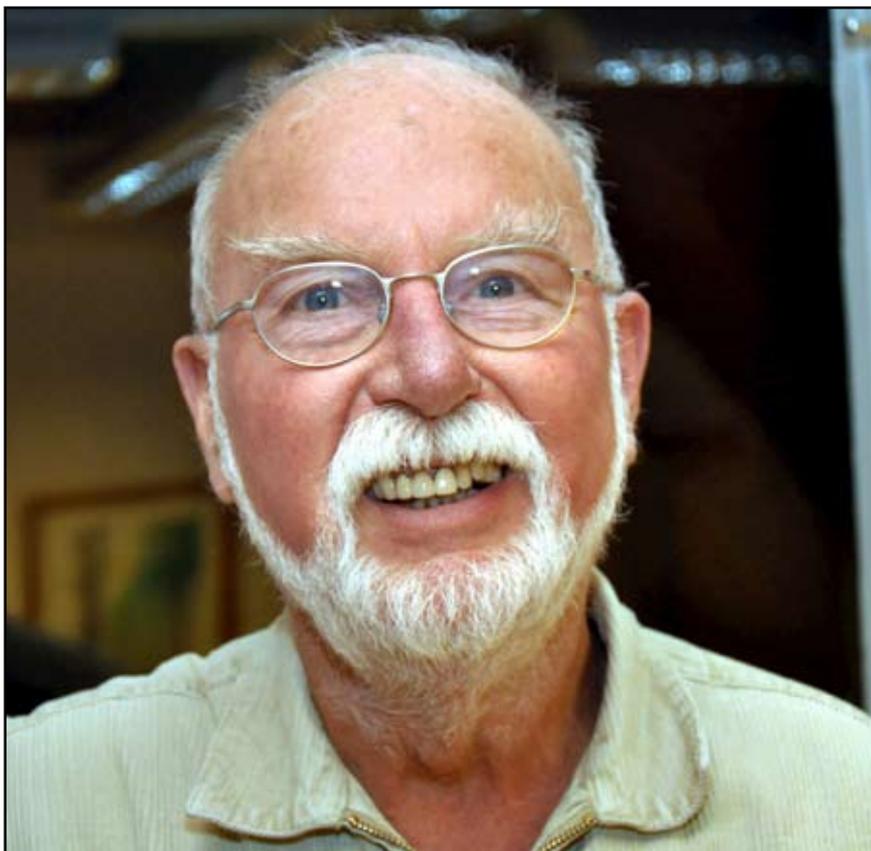


Foto: peter ERNST

Peter Ernst

die Schar der Gratulanten – Verwandte, Freunde, Vertreter der Kommunalpolitik und von Vereinen – fanden sich ein. So manche Laudatio wurde gehalten und auch wir beteiligten uns daran. Peter Ernst bekam die GRÜNE EULE, die höchste Auszeichnung unseres Verbandes, verliehen.

Peter ist Gründungsmitglied der GRÜNEN LIGA, seit elf Jahren Vorstandsmitglied (am 8. Juni 2002 in Letschin erstmals gewählt), aktiv im Förderverein Buschgraben-Bäketal und Naturschutz Helfer seit mehreren Jahrzehnten. Für seine Naturschutzarbeit bekam Peter im September 2009 den Landesumweltpreis verliehen. In der Festrede hieß es:

„Peter Ernst ist seit vier Jahrzehnten

des ehemaligen Truppenübungsplatzes in Güterfelde oder bei der Verhinderung des Havelausbaus gehört der 74-Jährige stets zu den aktivsten Mitstreitern. Selbstbewusst in der Sache behauptet Ernst von sich, er habe einst die Naturschutzzeule nach Brandenburg gebracht. Während seines Wirkens war er in vielen Funktionen und Gremien ehrenamtlich aktiv: Naturschutz Helfer, Naturschutzbeauftragter, Forstschutzhelfer, Mitglied des Kreisnaturschutzaktivs, Mitbegründer der Arbeitsgruppe „Sozialistische Landeskultur und Naturschutz im VEB Mikroelektronik Stahnsdorf.“ Nach 1990 wurde er in Güterfelde Gemeindevertreter, stellvertretender Vorsitzender des Kreisnaturschutzbeirates, Mitglied des

Am Ziel eines reichen und glücklichen Lebens ...

Norbert Wilke berichtete im Dezember 2012 in LIBELL auf Seite 11 über das Buch „Menschheit am Ziel. Skizzen zur fälligen Weltrevolution“. Die Weltrevolution der Kommunisten sollte zwar zu Recht ein völlig neues, wahrhaft menschliches Zeitalter eröffnen. Aber das als militärische Aktion zu sehen, war ein Rückfall in den Klassenkampf, der schon mit der bürgerlichen Revolution erledigt gewesen ist. Die „Weltrevolution“ als die eigentliche große Revolution in der Geschichte unserer biologischen Art wird ein Schritt in der persönlichen Entwicklung jedes einzelnen Menschen sein. Die Abbildung zeigt, wie jemand vor dieser Revolution zunehmend in Widersprüche gerät zwischen seinen eigenen Interessen und den Ansprüchen seines Umfeldes. Diese Widersprüche sind bei den einzelnen Personen unterschiedlich, wobei es vier Varianten geben dürfte, die den vier Grundformen der Angst entsprechen, aus denen der Psychotherapeut Fritz Riemann vier Charaktertypen ableitete. Die Abbildung zeigt, wie heute ein Mensch des depressiven Typs, wenn er sich um ein reiches und glückliches Leben bemüht, an die Grenzen der bisher üblichen Denkwei-

sen stoßen kann. So ein Mensch kann an den Rand des totalen gesundheitlichen Zusammenbruchs geraten durch seine Angst davor, von anderen Menschen verlassen und nicht geliebt zu werden, falls er nicht allen ihren Forderungen gerecht wird.

Ein Mensch muss, wenn er sich heute erfolgreich entwickelt und die Erfahrungen der ganzen Menschheit verkörpert, und wenn er überleben will, an dem Punkt höchster Zuspitzung dieser Widersprüche seine Angst vor den anderen Menschen überwinden. Diese Überwindung der Angst vor den anderen, die gelingen kann als wütender Entschluss „Ich lasse mich von Euch nicht mehr erpressen!“, ist der Auftakt zu der großen Menschheitsrevolution. Danach hat der Mensch den Mut, sich theoretisch von der alten Gesellschaft zu trennen. Er hat den Mut, die eigenen Interessen als vollkommen berechtigt anzuerkennen. Er kann sich selbst und seine natürlichen Antriebe und möglichen erstrebenswerten Ziele unabhängig von aller speziellen Erziehung und Kultur begreifen. Das ist der Schritt in die Selbstständigkeit des erwachsenen Menschen,

der den Kontakt zu unserer eigenen Natur eröffnet. In der Folge begreift der Mensch, dass seine Interessen im Grunde vollkommen friedlich vereinbar sind mit den Interessen aller seiner biologischen Artgenossen und mit Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wie im einzelnen die Überwindung der – größtenteils unbewussten – Angst vor den anderen Menschen und die mutige Anerkennung unserer natürlichen Neigungen, Sehnsüchte und Begierden zu der Schlussfolgerung führt, dass wir im Grunde tatsächlich keine Angst voreinander haben müssen, lässt sich hier nur kurz andeuten: Zu einer Gesamtvorstellung von allen unseren Bedürfnissen, also von den Antrieben, deren Ziel immer wieder die Befriedigung ist, gehört die Erkenntnis, dass ein Gleichgewicht von produktiven und konsumtiven Bedürfnissen in jeder Einzelperson angelegt ist. Niemand hat einen Grund, andere auszubeuten, weil jeder Mensch zu seinem Glück immer wieder die Befriedigung braucht, die Mühsal und die unvermeidlichen Leiden des Lebens selbst erfolgreich auf sich genommen zu haben. Zudem gibt es eine unerschöpfliche Vielfalt von Möglich-

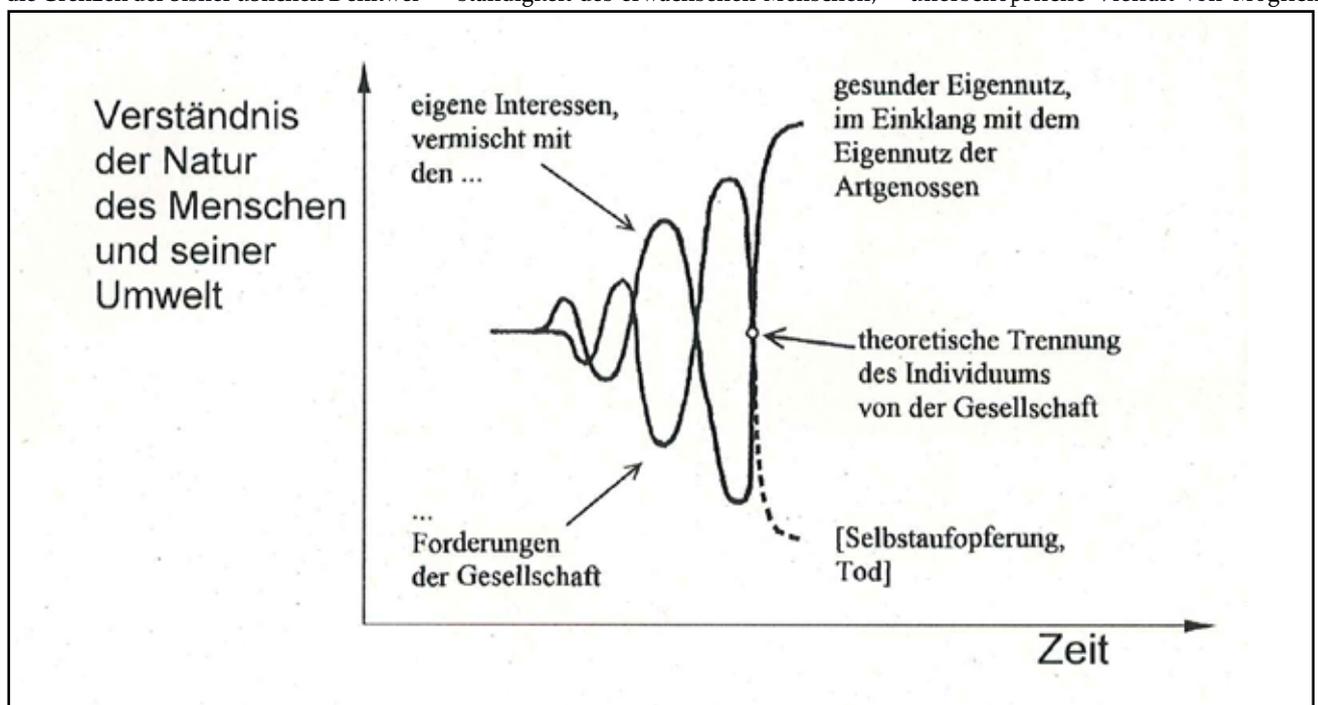


Abbildung: Lutz von Grünhagen

Diagramm zum Verständnis der Natur des Menschen und seiner Umwelt



Foto: Gabi Müller

Lutz von Grünhagen

keiten, das Leben konkret befriedigend zu gestalten. Insgesamt folgt aus unserer Natur: Wir alle können unsere Lebensprozesse erfolgreich koordinieren, ohne uns dabei gegenseitig an einem befriedigenden Leben zu hindern. Wir sind reich an Möglichkeiten zu einem gegliederten Leben für uns alle. Und wir brauchen das nur zu begreifen, um unsere Gesellschaft gemeinsam im eigenen Interesse und im Einklang mit der irdischen Natur zu gestalten. Vorher hier die zunehmenden Schwankungen zwischen unvollkommen eigennützigem Handeln und selbstschädigenden Zugeständnissen an die Angriffe der Gesellschaft sind nach dem Prinzip der Selbstähnlichkeit in komplexen Systemen ähnlich den zunehmenden Schwankungen im Verhalten der ganzen Menschheit zwischen einerseits konstruktiven, freundlichen und andererseits den destruktiven, feindseligen Tendenzen, die letztlich uns allen nur schaden. Es gilt dasselbe Diagramm mit denselben Achsenbezeichnungen: Die ganze Menschheit treibt auf einen Symmetriebruch an einem Verzweigungspunkt zu. Das ist ein Punkt höchster Instabilität, wo Zufälle und äußerst geringe Kräfte unser Schicksal entscheiden. Entweder werden bald einige Leute in ihrer unbewussten Angst vor den anderen, indem ihre Panik ihr Denkvermögen stört

und Ruhmsucht, Geldgier oder andere Ersatzbedürfnisse schafft, vielleicht mit riskanten wissenschaftlichen Großtaten, Selbstorganisationsprozesse in der Biosphäre auslösen, die zu ihrem Kippen in einen anderen Zustand führen, in dem wir sterben müssen. Oder zur kollektiven Selbsttötung, die letztlich aus der Angst resultieren würde, die in dem traditionsbedingten Teufelskreis der gegenseitigen Bekämpfung und Kränkung herrscht, gibt es wahrscheinlich nur die eine Alternative: Einige müssten rechtzeitig vorher das Umdenken auslösen, das die Menschheitsentwicklung in die andere, in die konstruktive Richtung kippt. Das heißt, einige müssten den Teufelskreis der gegenseitigen Kränkung, der nur noch aus seiner eigenen Selbstreproduktion heraus existiert, auflösen, so dass er weltweit total zusammenbricht.

Die große unbewusste Angst vor dem Weiterdenken kann sich durch die Attraktivität der neuen Lebensmöglichkeiten auflösen. Die bürgerliche Revolution hat die zunehmenden Schwankungen in Richtung Freiheit und Lebensfreude nur verstärkt. Sie entfesselte die Menschlichkeit nur im Sozialen, indem durch die „Weisheit der Vielen“ die bürgerliche Verfassung entstand. Heute kommt es aber immer mehr auf die Klugheit jeder konkreten Einzelperson an. Die psy-

chische Revolution wird die natürliche Intelligenz aller Menschen entfesseln und mit dem großen Symmetriebruch die Verhältnisse ganz umwälzen: Die Menschen ordnen sich dann nicht mehr der traditionellen Gesellschaft unter; sie ordnen dann gemeinsam die Gestaltung ihrer Gesellschaft ihren Bedürfnissen unter. Das ist die Abkehr von der Denkweise der gewöhnlichen Primaten, die wegen der gegenseitigen Bedrohung systematisch auf Denkhemmungen beruht und die uns in die ökologische Krise führte. Der Biologe Rupert Riedl sah, dass eine Abkehr vom traditionellen Denken bei völlig neuen grundsätzlichen Problemen regelmäßig am besten zur Lösung führen kann, weil da die vorhandene Erfahrung kaum nützt und die Lösung glückliche Zufälle braucht und meistens eine Überraschung ist. Prof. Rupert Riedl in Wien gehörte bis zu seinem Tod dem Projekt Humanontogenetik der Berliner Humboldt-Universität an. Von da kenne ich auch den Verleger von „Menschheit am Ziel“. Er gründete den Verlag im Altersruhestand, um seinen Kollegen zu helfen. Das Buch soll einem möglichst herrschaftsfreien Dialog dienen, der zur Vermittlung einer überraschenden Problemlösung nötig ist, weil sich dafür ein praktikabler Sprachgebrauch erst in der Kommunikation entwickeln kann.

■ Lutz von Grünhagen

Das Buch:

*Menschheit am Ziel?
Skizzen zur fälligen
Weltrevolution von Lutz von
Grünhagen*

Der Bauingenieur Lutz von Grünhagen stellt diese Fragen, geboren 1953 in einer Welt des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des zunehmenden Wohlstandes aufgewachsen, sieht er die Welt nun vor einer neuen Bewusstseinsstufe. Lutz von Grünhagen macht sich Gedanken, wie die Menschheit der derzeitigen zivilisatorischen und ökologischen Krise entkommen kann. Skizzen zur fälligen Weltrevolution erschien im Leonhard-Thurneysser-Verlag Berlin & Basel, ISBN 978-3-939176-78-7 und kostet 9 Euro. Gerne leiten wir Bestellungen an den Autor weiter.

■ Norbert Wilke

Lotte Kiesel verstorben

„Sie überschätzen meine Kompetenz wenn Sie meinen, daß ich die Geschichte des Naturschutzes hier mit geprägt habe, schrieb mir Lotte Kiesel auf meine Anfrage, über die Arbeit der Zehdenicker Natur- und Heimatfreunde zu berichten. Je mehr sie dann aber über die Arbeit der Gruppe erzählte, um so klarer wurde, dass sie mit ihrer Einschätzung nicht Recht hatte.

Lotte Kiesel, am 4. März 1921 in Marienthal geboren, und ihr Mann Ernst gehörten zu den Mitbegründern der Natur- und Heimatfreunde in Zehdenick die schon bald nach Kriegsende gegründet wurden und im Kulturbund organisiert waren.

Im Jahr 1950 zogen beide von Marienthal nach Zehdenick und eröffneten ein Optikergeschäft in der Stadt. Ernst Kiesel erwarb in der Friedhofsstraße ein halbfertiges Haus Foto: Norbert Wilke und baute es aus.

Dr. Ernst Urbahn wurde Kunde im Optikergeschäft; da auch Ernst Kiesel Entomologe war und ebenfalls Schmetterlinge sammelte, entwickelte sich schnell eine feste Freundschaft beider Familien.

Weil Räumlichkeiten in Zehdenick nach dem Krieg knapp waren, fanden die Sitzungen der Natur- und Heimatfreunde – und auch ihre Weihnachtsfeiern – jahrelang im Optikerladen der Familie Kiesel statt. Es wird eng gewesen sein, denn die Zehdenicker Gruppe war über die Kreisgrenzen hinaus bekannt und viele Menschen kamen über die Gruppe mit der organisierten Naturschutzarbeit in Kontakt, nahmen an Veranstaltungen und Exkursionen teil.

Mancher Jahresurlaub wurde gemeinsam mit Familie Urbahn in der Landeslehrstätte Müritzhof bei Waren verbracht. In den drei Wochen galt es, in den Nächten auf Lichtfang zu gehen und am Tage die wissenschaftliche Auswertung zu machen. Den Frauen oblag dann noch die Hausarbeit und die Versorgung. Es muss

sehr schmerzhaft gewesen sein, als Ernst und Herta Urbahn innerhalb von zwei Tagen verstarben. Lotte Kiesel hat in den vergangenen 30 Jahren immer das Andenken an die beiden Entomologen bewahrt und viele Zeitungsartikel geschrieben. Sie hat es sich auch nicht nehmen lassen, anlässlich des 30. Todestages der Urbahns im Januar diesen Jahres eine Beitrag zu



Lotte Kiesel

schreiben, der in der regionalen Presse, auf den Internetseiten des Vereins und natürlich im Liga Libell veröffentlicht wurde. Den Liga Libell hat sie immer gern gelesen und für die nächste Ausgabe war ein Beitrag von ihr über den Zehdenicker Orthocerenstein eingeplant. Orthoceren (Geradhörner) sind Chephalopoden (Kopffüßer) mit geraden, selten leicht gekrümmten Gehäusen. Den Findling mit den versteinerten Abdrücken der Geradhörner fanden sie und ihr Mann bei einer Exkursion bei Zehdenick an einem Feldweg. Ein Bekannter transportierte den Stein auf das Grundstück der Kiesel (dort steht er neben der Garage) und er ist wohl nur hierdurch vor Zerstörung bewahrt worden. Der Stein wird nun seinen Weg in das Naturkundemuseum in Berlin antreten und noch einmal wissenschaftlich untersucht werden. Dort befindet sich auch die Schmetterlingssammlung der Familie Urbahn.

Lotte Kiesel war begeisterte Hobby-Archäologin und geschichtlich sehr

interessiert. In ihrem Arbeitszimmer befinden sich viele Aktenordner mit Beiträgen über das sagenumwobene Reithra, das slawische Zentralheiligtum in Mecklenburg, welches sich bei Neubrandenburg befinden haben soll. Bis heute ist es nicht wirklich entdeckt worden. Über Besuch hat sich Lotte Kiesel immer gefreut, wenn sie Zeit hatte, als Oma von zehn Urenkeln hatte sie eine große Familie. In der Veranda des Hauses befindet sich die Schmetterlingssammlung der Familie Kiesel und Besucher kommen nicht umhin, sie zu betrachten. Man wähnt viele tropische Exemplare unter den Exponaten so bunt und vielfältig sind sie. Aber es sind alles einheimische Tag- und Nachtfalter aus unserer Region.

Am 7. April 2013 wurde am Geburtshaus von Dr. Urbahn in der Dammhaststraße durch die Stadt Zehdenick eine Gedenktafel angebracht und eingeweiht. Dass es dazu kam, ist Lotte Kiesel zu verdanken, da sie die Erinnerung an den Zehdenicker Ehrenbürger stets wach hielt. Sie selbst konnte nicht dabei sein, da sie seit 35 Jahren durch eine Hüftoperation gehbehindert war.

Lotte Kiesel ist in ihrer Heimatstadt Zehdenick am 24. April verstorben.

■ Norbert Wilke

Städtische Gedenkfeier für Oury Jalloh in Dessau wurde abgebrochen

Am 8. Januar 2013 fand in Dessau eine offizielle Gedenkfeier für den im Polizeigewahrsam vor acht Jahren verbrannten Asylbewerber aus Sierra Leone Oury Jalloh statt. Gedenkinitiativen hatte ihrerseits eine Demo angekündigt, sie beteiligten sich nicht am offiziellen Gedenken. Sie werfen der Stadt Versäumnisse bei der Aufklärung der Todesursache vor. Hans-Otto Träger nahm an der Demo teil, anbei sein Bericht:

Es begann für mich erst mittags vor dem Bahnhof, davor war eine andere Gedenkveranstaltung der Stadt Dessau, den Bürgermeister, diesen Heuchler haben die Demoteilnehmer weggeschickt, rausgeekelt – mit dem wollten die nichts machen, der wollte Frieden und Entspannung – dem ging es wohl vorrangig um den guten Ruf der Stadt und nicht um die Wahrheit -Imagepflege nennt man so was. Vorher mein Besuch beim Polizeipräsidium, am Eingang einige Blumen, ein großes Foto von Oury Jalloh, Hinweise auf den 8. Todestag, dann eine kleine Laterne mit einer gelöschten Kerze, für Katholiken ein ewiges Licht, ich vermute aus Sicherheitsgründen von der Polizei selbst gelöscht, von allein geht so etwas nicht aus.

Am Bahnhof dann verschiedene Organisationen (Migrantenrat, Ausländerinitiativen, Antifa u. a.) und eine ganze Menge Polizisten, niederschwellig ausgerüstet, keine Schilde, allerdings auch keine Na-

mensschilder an den Uniformen, muss wohl nicht sein in Sachsen-Anhalt, die sind wirklich sehr besorgt um den Datenschutz ihrer Beamten, kein Wasserwerfer, offen sichtbare Gesichter ohne Visier – Presse und Beobachter gab es auch. Langsam kommen die Busse und Züge – Beginn 13.00 Uhr, der Vorplatz füllt sich – 500 bis 700 werden es schon sein, die Polizei in Uniform ist gut zu erkennen, dazu kommen die Polizeispitzen in Zivil und sonst so Leute, die Straßenbahnen haben es schwer durchzukommen, die Polizisten greifen nicht ein, regeln nichts, stehen nur rum und grinsen, sie wirken wirklich unsicher, eine Straßenbahn kommt langsam durch die Menge. Der Straßenbahnfahrer klingelt, es öffnet sich eine Fahrgasse. Einer der älteren Polizisten sagt zu seinem Kollegen, die sollen nicht klingeln – einfach draufhalten und durchfahren. In seinem Gesicht steht Wut und Verachtung.

Das ist wirklich keine Polizei mehr, das sind Angeklagte und sie verhalten sich auch so. Schweigen, kein Geständnis, keine Hilfe bei der Wahrheitssuche. Das stinkt denen natürlich, die sind vergattert nichts zu tun, die müssen das jetzt aushalten, so sieht es aus, die Mauer des Schweigens steht – noch.

Marianne Balle' Moudombou macht in ihrer Rede deutlich, dass hier zwei Menschen umgekommen sind. Ourys

Mutter Mariam Djombo Diallo, starb im letzten Jahr an ihrer Verzweiflung. Sie war vorher mehrmals in Deutschland um die näheren Todesumstände aufzuklären. Es gab noch andere Opfer von Polizeigewalt in Dessau, in dieser Wache, mit den gleichen Leuten. Der Zug geht dann in Richtung Staatsanwaltschaft mit Polizeibegleitung, aber ohne großes Sicherheitstheater, kurze Ansprache. Dann zum Landgericht, vor zur Post und weiter zur großen Kreuzung - laut, die Polizei leise und eigentlich ganz angemessen.

Am Rathaus, der Bürgermeister kommt nun nicht mehr vorbei – immer noch beleidigt. Am Morgen erst ausgebuht, als Heuchler bezeichnet, von ihm kein Wort zu den Polizisten: Macht endlich reinen Tisch in euren Reihen, gebt endlich zu, was kaum noch zu vertuschen ist. Ihr bringt nicht Dessau in Schwierigkeiten, die ganze Landesregierung gerät unter Druck. Ich friere immer noch und mehr, der dünne schwarze Anzug hält die Kälte nicht gut ab, eine Dame aus England gewährt mir für ein Weile Zuflucht unter ihrem Schirm, es reicht für mich diesmal, aber ich komme wieder, die ändern auch.

■ Hans-Otto Träger

Bundesverfassungsgericht verhandelte über Bergbau-Enteignungen - Kläger optimistisch

Karlsruhe, 4. Juni: Die Verhandlung des Bundesverfassungsgerichtes zog sich von 10 Uhr bis etwa 22 Uhr hin. Gegenstand war die Verfassungsmäßigkeit der Enteignungsregelungen im Bundesberggesetz (bergrechtliche Grundabtretung) am Beispiel des Tagebaues Garzweiler II. Verfassungsbeschwerde hatten ein Einwohner von Immerath und der Landesverband Nordrhein-Westfalen des BUND eingereicht. Im Verlauf der Verhandlung hörte das Gericht verschiedene Sachverständige an. Die Kläger sehen ihre Auffassung

beispielsweise durch die Ausführungen des Umweltbundesamtes und der Bundesrechtsanwaltskammer gestärkt.

Der BUND zitiert seinen Anwalt Dirk Teßmer anschließend mit den Worten „Sowohl für den Fall des Obsiegens wie im Falle einer Niederlage sind viele Facetten der Auswirkungen für die Anforderung an die Genehmigung von Bergbauvorhaben und die Frage eines Ob oder Wie der Weiterführung des Tagebaus Garzweiler II denkbar. Nie war die Chance größer, endlich von höchster Stelle festgestellt zu bekommen,

ob das Bergrecht weiter die Grundrechte brechen darf. Ich persönlich sehe der Urteilsverkündung optimistisch entgegen.“

Auf das Urteil und seine Begründung wird erfahrungsgemäß noch einige Monate zu warten sein. Gut vorstellbar ist, dass der neu gewählte Bundestag von den Verfassungsrichtern einen Auftrag zur Änderung des Bergrechtes mit auf den Weg bekommt.

■ UMWELTGRUPPE COTTBUS

Lausitzcamp 3.0: Call for workshops!

Vom 13. bis 21. Juli findet das Lausitzer Energie- und Klimacamp 2013 statt unter dem Motto „Kein Land mehr für Kohle – Klimagerechtigkeit und Energiesouveränität erkämpfen!“.

Und Ihr könnt an der Programmgestaltung aktiv mitwirken! Klimacamp? Ein Klimacamp ist ein Raum für Vernetzung, Wissensaustausch und Diskussion sowie widerständige Praxis und direkte Aktion. Dabei soll das Camp auch ein Experimentierfeld für ein anderes Leben sein: Ressourcen schonendes Leben ist ein ebenso elementarer Bestandteil des Camps wie basisdemokratische Selbstorganisation. In der Lausitz? Nach Jänschwalde/Janojce 2011 und Cottbus/Chóebuz 2012 wollen wir in diesem Jahr unser Camp in Rohne/Rowne in Sachsen, aufschlagen. Dieses sorbische Dorf ist nicht nur randbetroffen vom Tagebau Nochten, sondern durch den beantragten Tagebau Nochten II akut von Umsiedlung und Abaggerung bedroht. Die Landesregierungen von Sachsen und Brandenburg setzen weiterhin auf eine fossile und zentralistische Energieerzeugung, die ausschließlich den Interessen der Großkonzerne, hier Vattenfall, dient. Dabei werden die Ziele der Energiewende wissentlich unterlaufen und die angeblich

für den Übergang in die Zeit ohne fossile Brennstoffe notwendige lange „Brücke“ Kohleverstromung als unabdingbar beschworen. Über die bis weit nach 2040 laufenden und genehmigten Tagebaue in der Lausitz hinaus droht die Bewilligung fünf neuer Tagebaue. Rohne/Rowne steht somit beispielhaft für acht weitere bedrohte Dörfer mit mehr als 3.000 Einwohnern in Brandenburg und Sachsen. Die Bewohner dieser Dörfer sind seitens Konzern und Politik diffizilen Informations und Verhandlungsstrategien ausgesetzt. Dabei wird z. B. unterschlagen, dass die neuen Tagebaue überhaupt noch nicht genehmigt sind.

Macht mit! Ein wesentlicher Bestandteil des Klimacamps ist der Wissensaustausch, ob nun inhaltlich, handwerklich oder kulturell. Wir suchen interessierte und engagierte Menschen, die unser Camp in Form von Infoveranstaltungen und Workshops oder das Kulturprogramm unterstützen und bereichern wollen. Thematisch ist der Bogen weit gefasst:

- Klimagerechtigkeit
- Energiesouveränität
- Energiedemokratie
- Energieautonomie
- Strukturwandel Ideen Perspektiven

- Wachstumskritik
- Alternative Lebensweisen
- Minderheitenrechte
- Antirassismus
- Zukunft ohne Kohle und Atom
- Fracking und CCS
- deutsches Bergrecht in der Kritik
- Widerstandstrategien
- Energiekämpfe in Bewegung

Du willst einen Workshop oder eine Infoveranstaltung auf dem Lausitzer Klima und Energiecamp 2013 anbieten? Vorschläge (inkl. Titel, Kurzbeschreibung & Terminwünsche) können ab sofort und bis spätestens 21. Mai 2013 an programm@lausitzcamp.info geschickt werden.

Weitere Infos zum Lausitzer Klima- und Energiecamp findet Ihr unter: <http://www.lausitzcamp.info> Wir freuen uns auf Euch! - Euer Camp-Team

■ Umweltgruppe Cottbus

Impressum

Herausgeber und Verleger:

GRÜNE LIGA Brandenburg e.V.,
Haus der Natur
Lindenstraße 34,
14467 Potsdam
Tel.: 0331 - 20155 20
Fax: 0331 - 20155 22
potsdam@grueneliga.de
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Norbert Wilke, Christine Titel, Michael Ganschow, Friedrich Szameitat, Gabi Müller, Andrzej Christen, Katrin Fahrenz (Libell-Logo)

Erscheinungsweise: quartalsweise
Preis: 1,00 Euro bei Mitgliedern im Beitrag enthalten
Auflage: 1.200 Exemplare

Bankverbindungen:
VR Lausitz-Bank

BLZ: 18062678
Geschäftskonto: 55 000
Rechtsschutz: 100055000
Spendenkonto: 200055000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben. Nachdruck und Weiterverbreitung der Texte nur mit vorheriger Genehmigung der Redaktion.

Havelbadetag am 14. Juli im Strandbad Ketzin

Im Wechsel findet der Havelbadetag jährlich in Ketzin und Schmergow statt. Die Stadt Ketzin und die örtlichen Verein haben mit der Vorbereitung dieses Sommer-Events begonnen. Die Ketziner laden hiermit die Dörfer und Vereine aus Groß Kreutz (Havel) ein, sich mit Info-Ständen beim Havelbadetag zu präsentieren. Auch

regionale Anbieter sind erwünscht.

Der Förderverein Mittlere Havel unterstützt den Havelbadetag mit dem big jump, dem Sprung ins Wasser zeitgleich in vielen Flüssen Europas.

- Chriss Rappaport
Vorstand Förderverein
Mittlere Havel e. V.



Foto: Förderverein Mittlere Havel Havelbadetag 2007 in Ketzin